

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

07.01.2026

Zur schriftlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

NRW muss funktionieren – Wirtschaftsstandort NRW und deinen Arbeitsplatz sichern - Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/15579

Zusammenfassung

Nordrhein-Westfalen kann die großen Herausforderungen unserer Zeit nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft bewältigen. Noch schlägt in Nordrhein-Westfalen das industrielle Herz Deutschlands, aber dieses Herz ist massiv aus dem Takt geraten. Arbeitsplatzabbau, Produktionsverlagerungen und Unternehmensschließungen bestimmen die Nachrichten. Wir befinden uns in einer tiefen, strukturellen Krise. So liegt die Auslastung der chemischen Industrie derzeit bei nur noch durchschnittlich rund 70 Prozent, deutlich unterhalb der Schwelle zur Rentabilität. Die Produktion der Metall- und Elektroindustrie ist seit 2019 um 23 Prozent eingebrochen. Jeden Monat gehen in NRW allein in der M + E Industrie 2.100 gut bezahlte Industriearbeitsplätze verloren. Und in vielen weiteren Industriebranchen ist die Lage genauso ernst. Um es ganz klar zu machen: Der Industriestandort hat keine Zeit mehr zu verlieren!

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist der entscheidende Faktor für die Zukunftsfähigkeit unseres Standorts und gehört ins Zentrum der politischen Agenda. Mut zur Entscheidung, Entschlossenheit und Tempo in der Umsetzung sind das worauf es nun ankommt. Gemeinsam mit der Politik muss es allen Beteiligten gelingen, eine Positiv-Story zu entwickeln, die mit politischer Verlässlichkeit, Vorfahrt für unternehmerische Freiheit, einem klaren industriepolitischen Mindset, zukunftsgerichteter Technologieoffenheit und starkem Innovationsgeist wieder neue Zuversicht entfacht. Politik ist gefordert, mit strukturellen Reformen den Unternehmen Freiraum für Innovationen und unternehmerisches Handeln zu schaffen – Regulierungen und Belastungen müssen spürbar zurückgefahren werden.

unternehmer nrw trägt als Dachverband der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Industrie kontinuierlich zu dieser wirtschaftspolitischen Debatte bei. Mit der „Düsseldorfer Erklärung für mehr Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen“¹ haben wir zum Jahreswechsel die Punkte zusammengetragen, auf die es aus unserer Sicht derzeit besonders ankommt, um die im Antrag zu Recht geforderte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit tatsächlich zu erreichen.

Um im Wettbewerb der Bundesländer voran zu kommen, braucht es kontinuierliche Fortschritte in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen der Landespolitik. Mit klaren Prioritäten, durchgreifender Entbürokratisierung und durch verlässliches Handeln kann die Landespolitik selbst einen Unterschied machen.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie entscheidet sich vor allem auch über Weichenstellungen im Bund und auf europäischer Ebene. Wir haben als größtes Bundesland im Herzen Westeuropas eine gewichtige Stimme und es ist unsere Aufgabe, diese unüberhörbar einzubringen.

Für ein starkes industrielles Herz in Nordrhein-Westfalen, kommt es jetzt auf diese Kernpunkte an:

EU-Binnenmarkt konsequent vollenden: Die Potenziale des EU-Binnenmarktes müssen endlich vollständig genutzt werden. Hier liegen durch beständige Überregulierung und fehlenden Mut zum Handeln enorme Wachstumschancen brach. Unser Ziel muss ein wirklich offener Raum der Freizügigkeit sein. Mit einem einheitlichen digitalen Binnenmarkt, der Abkehr von der Behinderung der Arbeitnehmermobilität, der Schaffung eines Energiebinnenmarkts, einer besser abgestimmten Infrastrukturpolitik sowie der Verwirklichung der Banken- und Kapitalmarktunion kann Europa seinen Wohlstand aus eigener Kraft stärken sowie resilienter und unabhängiger werden.

Energiekosten senken: Energie ist auch in Zukunft der Motor der Industrie. Mit der nachhaltigen Transformation steigt zuallererst der Bedarf an Strom. Ein umfassender Industriestrompreis bis tief in den industriellen Mittelstand ist daher im Paket mit weiteren Maßnahmen, wie etwa langfristig wettbewerbsfähigen Netzentgelten und der Ausweitung der Strompreiskompensation existentiell wichtig. Die Bundesregierung muss zu ihrem Wort stehen und den Industriestrompreis unverzüglich einführen. Weder das bestehende Beihilferecht noch die vom Bund bis 2028 geplanten 3,1 Mrd. Euro genügen, um die Industrie im notwendigen Umfang zu entlasten. Aktuell fehlt weiter die Perspektive zum Erhalt unserer leistungsfähigen

¹ Der gesamte Text der Düsseldorfer Erklärung vom 17.12.2025 ist unter folgendem Link abrufbar: https://www.unternehmer.nrw/fileadmin/2025/Pressemitteilungen/25-12-17_Duesseldorfer_Erklaerung_zur_Industriepolitik.pdf

energieintensiven Industrien, der damit verbundenen Wertschöpfungsketten und attraktiven Arbeitsplätze. Der EU-Beihilferahmen braucht dringend einen Praxischeck, damit notwendige weitergehende Entlastungen möglich werden und hemmende Investitionsauflagen entfallen. Wir erwarten vom Bund unverzüglich eine detaillierte Kraftwerksstrategie und die überfällige Ausschreibung der wasserstofffähigen Back-Up-Gaskraftwerke. Die angekündigten 10 GW Kapazität können dabei nur ein erster Schritt sein. Parallel muss das Land alles dafür tun, damit diese wasserstofffähigen Back-Up-Gaskraftwerke ohne Verzögerung geplant und errichtet werden können.

Emissionshandel wettbewerbsfähig machen: Der Emissionshandel ist und bleibt das beste marktwirtschaftliche Instrument, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Aber ein EU-Emissionshandel, der Produktion massiv verteuert und über keinen systematischen Mechanismus verfügt, um die Verlagerung von Industrieanlagen aus der EU in andere Teile der Erde zu verhindern, sichert weder Wohlstand und Beschäftigung in der EU, noch trägt er zum Klimaschutz als globale Aufgabe bei. Die Lösung liegt auf der globalen Ebene. Die EU muss sich viel stärker dafür einsetzen, ein Level-Playing-Field mit unseren globalen Wettbewerbern zu schaffen. Bis dahin braucht die Industrie Entlastungen im EU-ETS (beispielsweise eine Ausweitung der Strompreiskompensation oder die Fortsetzung der freien Zuteilung von Zertifikaten), um den Unternehmen Investitionssicherheit in der EU zu geben. Neben Schlüsselindustrien wie Stahl und Chemie muss der gesamte industrielle Verbund in den Blick genommen werden, um aus NRW notwendige Reformvorschläge auf Bundes- und Europaebene einzubringen. Die Zuteilung von Freizertifikaten baut eine Brücke in die Zukunft, bis langfristige und international abgestimmte Lösungen etabliert sind. Wichtig ist, dass wir auch beim Emissionshandel den energieintensiven Mittelstand nicht aus den Augen verlieren.

Flächen optimal nutzen: Unsere Industrie braucht für die digitale und nachhaltige Transformation ausreichende Flächen. Daher muss Klarheit über die in allen Landesteilen tatsächlich verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen geschaffen werden. Die Flächenbedarfsplanung muss schnellstmöglich eng und dynamisch an die Nachfrageentwicklung gekoppelt werden. Gleichzeitig muss im Landesrecht die Flächeninanspruchnahme neu definiert werden. Zudem braucht es schlanke Verfahren und einfachere Förderprogramme, um ehemalige Industriestandorte schnell zu Orten industrieller Zukunft zu machen.

Infrastruktur modernisieren: Leistungsfähige Straßen, Wasser- sowie Schienenwege, Pipelines und digitale Netze sind das Rückgrat unseres Industriestandorts. Mit dem Sondervermögen und ausreichender und verlässlicher Finanzierung in den Kernhaushalten von Land, Bund und Kommune muss die beschleunigte Sanierung

der maroden Infrastruktur gelingen. Politik muss dafür zwingend Wort halten und das Sondervermögen zusätzlich und gleichzeitig industriedienlich investieren. Jede Zweckentfremdung der Mittel in Bund, Land oder Kommune lehnen wir ab! Schleusen, Kanäle und Hafenanlagen in NRW funken seit langem Mayday. Die Wasserstraßen müssen daher zwingend in das Sondervermögen aufgenommen werden. Die schnellere Beseitigung der Flachstellen entlang des Rheins wäre eine doppelt sinnvolle Investition zur Klimaanpassung und zur Stärkung der wichtigsten westeuropäischen Wasserstraße. Als Partner der Industrie muss das Land die strategische Neuausrichtung der Deutschen Bahn nutzen und für die praktische Stärkung des Güterverkehrs auf der Schiene eintreten.

Innovationen und Investitionen vorantreiben: Die industrielle Transformation erfordert technische Innovationssprünge, hohe private Investitionen in neue Produkte und Verfahren sowie Qualifizierung der Beschäftigten. Industrielle KI und die Stärkung des Wissenstransfers sind zentrale Schlüssel unserer Zukunftsfähigkeit. Unabdingbar sind planbare industrie- und energiepolitische Rahmenbedingungen, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie technologieoffene Förderungen. Beschleunigungen, die sich beim Ausbau der Erneuerbaren, Errichtung von Gasterminals oder bei Brückensanierungen bewähren, müssen unverzüglich auf alle passenden Verfahren übertragen werden. Unternehmen und Behörden ächzen unter einer Bürokratie- und Regulierungslast, die Innovationen und Investitionen hierzulande ausbremsen und stellenweise komplett verhindern. Damit der angekündigte Bürokratieabbau endlich Wirkung zeigt, reichen keine Versprechungen, sondern nur konkrete politische Entscheidungen mit sofortiger Entlastung für Wirtschaft und Vollzug.

Arbeits- und Lohnkosten stabilisieren: Die Lohnzusatzkosten liegen aktuell bei mehr als 42 % und steigen ohne deutliche Korrekturen bis 2035 auf über 50%. Diese ungebremsste Entwicklung würde die industrielle Produktion zusätzlich verteuern und zugleich die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten schmälern – mit negativen Folgen für Investitionen und privaten Konsum. Unsere Sozialversicherungen drohen so immer stärker zu einer Produktions- und Beschäftigungsbremse zu werden. Für eine dauerhafte Stabilisierung bei unter 40 Prozent sind strukturelle Reformen aller wesentlichen Sozialversicherungen unausweichlich.

Fachkräfte bilden: Unsere Industrie braucht gut qualifizierte Fachkräfte, ein Mangel bremst schon heute auch die Transformation und Digitalisierung. Vom Land erwarten die Unternehmen eine konsequente Umsetzung der Fachkräfteoffensive mit ihren verschiedenen Handlungsfeldern. Besonders wichtig sind verstärkte Anstrengungen für eine hochwertige Bildung. Dazu gehört ein starkes MINT-Angebot

an Schulen und Hochschulen, da viele Lösungen in der Industrie MINT-Kompetenzen erfordern. Die gewerblich-technische Ausbildung der Industrie braucht eine moderne Ausstattung und ausreichend Fachlehrkräfte an den Berufsschulen. Die Industrie ist zur Fachkräftesicherung und Innovationskraft auch auf die Gewinnung von Talenten aus dem Ausland angewiesen. Zentral dafür sind eine Willkommenskultur, ausreichend bezahlbarer Wohnraum sowie zügige und unbürokratische Abläufe in den Behörden und deren effektives Zusammenspiel.